

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonntags. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1.40. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

# Der Proletarier

Anzeigenpreis: Arbeitsvermittlungs- und Baustellen-Anzeigen die 8spaltige Kolonial-Beile 60. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

## Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verlag von A. Brey. Druck von C. A. D. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: H. Schneider, Hannover. Redaktionsschluss: Montag mittags 12 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Nilolaisstraße 7, 2. Et. — Fernsprech-Anschluss 8002.

### Pflichterfüllung bis zum äußersten.

Der folgenden eindringlichen Appell an die Mitglieder entnehmen wir der „Verbandszeitung“, dem Organ unseres österreichischen Bruderverbandes.

Mit berechtigter Hochachtung und Bewunderung lesen wir alle die Versicherung, welche der tapfere Verteidiger Tsingtau, Major-Waldeck, seinem Kaiser telegraphierte, als er bereits der Gefahr ins Anklug sah: „Einfache für Pflichterfüllung bis zum äußersten!“ Man mag dies ausgeprägte Pflichtbewusstsein mit Erziehung zu militärischer Disziplin, man mag es womit immer in Zusammenhang bringen; es war ein stolzes Wort, das verdiente, auch im Wörterbuch der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterchaft gut vermerkt und viel beachtet und immer eingehalten zu werden. Pflichterfüllung bis zum äußersten!

Besonders jetzt. Unsere Gewerkschaften machen böse Zeiten mit. Niemand ist davon schmerzlicher berührt als die verantwortlichen Vertrauensmänner, als alle die, die mit offenen Augen und klarem Verstand die Entwicklung der Dinge verfolgen. Sie sehen, welche große Aufgaben den Gewerkschaften in der Zukunft bevorstehen, welche unerhörte Kraftanstrengung notwendig sein wird, um diese Aufgaben im Interesse der Arbeiterschaft zu lösen. Und diese Erkenntnis hat auch in ihnen das hohe Pflichtbewusstsein gestählt; sie werden natürlich ihre Pflicht bis zum äußersten erfüllen. Etwas anderes erwartet die Arbeiterschaft von ihnen gar nicht. Leider beschäftigt sie sich zu wenig mit der Frage, wie lange diese Pflichterfüllung in der Gegenwart, vor Eintritt der großen Aufgaben der Friedenszeit, möglich sein wird. Und doch ist es sehr wichtig, daß wir die Leistungsfähigkeit unserer Gewerkschaften über den Krieg ungebogen erhalten. Es ist oft darauf hingewiesen worden, daß es zu spät wäre, erst nach Friedensschluß, bis die industrielle Produktion wieder im Laufe sein wird — das wird bald nach Beendigung des Krieges sein — unsere Gewerkschaften neu aufzurichten, erst die Leertücher zu ordnen, die verstreuten Elemente zu sammeln, um wenigstens die schlimmsten Auswüchse der Ausbeutung abzuwehren zu können. Wo bliebe dann der Kampf um Wiederherstellung der früheren Lebenshaltung, die so fürchterlich gelitten hat? Wie wollten wir unsere Verträge sichern, erneuern, verbessern? Illusionen dürfen wir uns nicht hingeben, und es gibt keine gefährlichere als die Meinung, die sogenannte Zurückstellung wirtschaftlicher Streitpunkte werde den Krieg überdauern.

Es ist notwendig, an diese Sachlage immer wieder zu erinnern, damit unsere Mitglieder, damit die ganze Arbeiterschaft erkenne, wie sehr Pflichterfüllung bis zum äußersten unerlässlich ist. Die Aufrechterhaltung der Gewerkschaften ist augenblicklich das Allerwichtigste. Und in solchen Situationen kann man sich nicht mit der Gewissenhaftigkeit einiger Vertrauensmänner begnügen. Wenn je, so gilt jetzt der ganze Ernst des Rufes: Alle Mann an Bord! Alle müssen ihre Pflicht bis zum äußersten erfüllen. Duldungsgeist wäre in diesem Falle ein schändliches Verbrechen. Unsere Gewerkschaften haben Tausende von Mitgliedern verloren. Mit ihnen eindringlich zu reden, ihnen nahezu legen, daß sie sofort wieder in unsere Reihen zu treten haben, weil den Gewerkschaften Gefahr droht, ist unausschiebbare Aufgabe aller. So können alle Mitglieder ihre Pflicht zur Organisation erfüllen. Warum werbet ihr nicht? Worauf wartet ihr? Scheint euch die Zeit nicht ernst genug oder nicht günstig genug zur Agitation? Unsere Brüder, die im Felde stehen, haben uns die Organisation, ihr höchstes Gut, anvertraut; sie vertrauten uns, daß wir es ihnen ungeschmälert erhalten werden. Sie dachten an die Zukunft, sie wußten und wissen es auch jetzt noch, daß die Gestaltung der Zukunft, daß vieles von dem, was nach dem Kriege werden soll und wird, von der Arbeiterschaft und ihrer Organisation abhängt. Ihr aber zu Hause laßt die Braven draußen neun Monate Gesundheit und Leben opfern, laßt sie die größten Mühsale ertragen und denkt kaum nach, was werden soll, denkt gar nicht daran, ihren sehnsüchtigen Wunsch, die Erhaltung der Organisation, zu erfüllen. Ihr begnügt euch mit der Forderung, daß die Vertrauensmänner ihre Pflicht erfüllen, und freut euch auf die Gelegenheit, da ihr diesen Vertrauensmännern wieder gründlich eure Meinung sagen werdet, wenn etwas schief gehen sollte, wenn zum Beispiel die Organisation ihre Schlagfertigkeit nicht erhalten sollte. Natürlich, dann werden die Vertrauensmänner und die Angestellten schuld sein! Ihr nicht! Aber außer euch wird niemand über eure Schuld im unklaren sein. Nicht einmal die Ausrede werden die Lässigen haben, daß sie nicht aufmerksam gemacht worden seien, daß sie nicht aufgefordert worden seien, ihre Pflicht zu erfüllen. Unsere wirtschaftlichen und politischen Forderungen werden uns nicht aus Liebe und Freundschaft von unseren Klassengegnern bewilligt werden. Sollte es wirklich jemand unter den Arbeitern geben, der so etwas glauben könnte? Unsere Kämpfe wurden nie anders aufgefaßt denn als ein Ringen, bei dem die größere Macht Ausschicht auf Erfolg hat. So wird es auch bleiben. Darüber dürfen uns die schönsten Anerkennungs Worte für unsere Gewerkschaften nicht täuschen. Die natürlichen wirtschaftlichen, die Klassengegenstände bleiben bestehen. Alles das wurde unsern Freunden schon oft gesagt. Und trotzdem scheinen sie an Wunder zu glauben, daß irgendeine überirdische Macht uns die Organisationen retten und erhalten werde. Die Vergangenheit lehrt uns, daß alles, was wir haben, die Organisation, ihre Erfolge und Errungenschaften, von uns allen zusammen schwer erarbeitet werden mußte, ohne

fremde Hilfe, gegen gewaltige Hindernisse. Und ihr wartet? Werbet nicht? Drückt euch die Teuerung nicht? Drücken euch die Widerwärtigkeiten des Lebens, die sozialen Abste nicht? Ihr klagt und seufzet; was euch helfen kann, ist aber nur die Tat. Und die Tat heißt Organisation! Die Tat heißt werden für die Organisation. Die Tat heißt Pflichterfüllung bis zum äußersten im Rahmen der Organisation. Diese Tat erwarten von euch eure Brüder im Schützengraben; kauft ihre Erwartungen nicht!

Der Krieg ist unerbittlich. Zu seiner Verteidigung zieht der Staat natürlich alle verfügbaren Kräfte heran und kann nicht prüfen, ob nicht da oder dort eine wichtige Institution, wie es unsere Gewerkschaften sind, darunter leidet. Wir aber müssen daran denken. Die Organisation muß erhalten bleiben, ihr Gefüge und ihre Schlagfertigkeit. Das heißt wir müssen immer genügend Vertrauensmänner und Funktionäre finden, welche das Organisationsleben aufrechterhalten werden, auch nach Abgang weiterer Landsturmmänner, und wir müssen trachten, möglichst viel die finanzielle Kräftigung der Organisation zu sichern durch Sorge um regelmäßige Beitragsleistung und durch stetige Werbung weiterer neuer Mitglieder.

Alle zusammen müssen wir das. Auch wir müssen uns noch fester zusammenschließen, zusammenschmiegen. Der Organisation droht Gefahr. Nicht latentlos sollen und dürfen wir ihr entgegensehen; alle Sicherungsmaßnahmen sind zu treffen, und vor allem: von jedem einzelnen Mitglied muß jetzt Pflichterfüllung bis zum äußersten gefordert werden. Wir haben noch nie so ernste, schwere Zeiten mitgemacht. In der ganzen Geschichte unserer Bewegung gibt es kein ähnliches Beispiel. So wenig wir wünschen, daß es noch einmal zu einem solch entsetzlichen Weltkrieg komme, so wenig können wir wünschen, daß die Zukunft, daß die späteren Generationen von uns sagen sollen, daß die große, ernste Zeit uns nur klein vorfand, weil wir nicht genug Pflichtbewusstsein hatten.

Alle Mann an Bord! Die Alten und die Jungen, Frauen und Kriegszwangslichen, alle heran an die Arbeit! Werbet, bevor es zu spät wird. Erfüllet eure Pflicht um so gewissenhafter, je schwerer sie ist. Gedenket eurer Brüder in den Schützengraben, gedenket der Zukunft mit ihren Kämpfen. Pflichterfüllung bis zum äußersten sei jetzt und fürder unser Lösungswort.

### Krieg und Teuerung.

Eine der folgenschwersten Begleiterscheinungen dieses Krieges ist die allgemeine Teuerung aller Lebensmittel. Daß eine Teuerung infolge des Krieges kommen würde, war vorauszu sehen. Viele Waren sind einfach nicht zu alten Preisen auf den Markt zu bringen, vor allem solche nicht, die wir aus dem Auslande beziehen oder in denen ausländische Rohstoffe verarbeitet sind. Die Beschaffung ist schwieriger, das Risiko größer, die Fracht höher geworden. Für solche Waren ist die Preiserhöhung eine zwar sehr unangenehme, aber unvermeidbare Kriegsfolge. Anders steht es jedoch mit der Verteuerung solcher Lebensmittel, die wir ausschließlich oder doch zum weitaus größten Teil im eigenen Lande erzeugen. Korn, Kartoffeln und Fleisch, diese drei Hauptstoffe für unsere Ernährung, sind bis auf geringe Bruchteile Erzeugnisse unserer eigenen Landwirtschaft. Und doch sind gerade auch diese Nahrungsmittel ganz außerordentlich im Preise gestiegen. Das Brot ist um etwa 50 Prozent, das Fleisch um 100 und die Kartoffeln sind gar um fast 200 Prozent teurer als vor dem Kriege. Einige andre Lebensmittel und manche Genussmittel sind allerdings um noch mehr im Preise gestiegen. Aber erstens ist das kein Trost und zum andern belastet die Verteuerung der Hauptnahrungsmittel den Haushalt des Arbeiters sehr viel mehr als die Preissteigerung bei andern Lebensmitteln.

Einige auf statistische Erhebungen gestützte Berechnungen mögen das näher darthun. Nach einer vom Deutschen Metallarbeiterverband im Jahre 1908 vorgenommenen Erhebung über die Wirtschaftskosten verbrauchte eine Arbeiterfamilie im Durchschnitt jährlich 96,4 Kilogramm Fleisch, 614,4 Kilogramm Brot und 495 Kilogramm Kartoffeln. Für Fleisch und Wurst wurden 244,08 Mk., für das Brot 173,87 Mk. und für die Kartoffeln 34,32 Mk. aufgewendet, für diese drei Lebensmittel zusammengekommen also 452,27 Mk. Die Gesamtausgabe für Nahrungsmittel aller Art (ohne Alkohol und Tabak) betrug im Durchschnitt 859,73 Mk.; die angezogenen drei Lebensmittel erforderten demnach mehr als die Hälfte der für die Ernährung überhaupt aufgewandten Summe. Eine Verteuerung dieser Artikel wird also den Arbeiterhaushalt außerordentlich treffen, um so empfindlicher, wenn gleichzeitig nicht nur für alle übrigen Lebensmittel, sondern auch für Kleidung, Heizung, Beleuchtung, kurz für fast alle Lebensbedürfnisse höhere Ausgaben gemacht werden müssen, während gleichzeitig das Einkommen für einen überaus großen Teil der Arbeiterfamilien wesentlich gesunken ist.

Der ungefähre Umfang der Belastung des Arbeiterhaushalts durch die Preissteigerung der Lebensmittel läßt sich ermitteln an Hand der von Richard Calmer seit einer Reihe von Jahren mit Unterstützung der Arbeiterorganisationen geführten monatlichen Nachweise über die Lebensmittelpreise. Diese Erhebung ermittelt nicht nur die Preisveränderungen für alle wichtigen Lebensmittel, sondern sie berechnet auch die gesamten Preisänderungen für einen Haushalt, und zwar auf folgender Grundlage: Die Verpflegungsration eines deutschen Marinesoldaten wird als Einheit angenommen. Das Dreifache dieser Einheit gilt als Nahrungsbedarf für eine aus Mann, Frau und zwei Kindern bestehende Familie. Es wird also

angenommen, daß Mann und Frau je ebensoviel und beide Kinder zusammen ebensoviel Nahrung brauchen wie ein Marinesoldat. Die Verpflegungsration selbst setzt sich aus folgenden Mengen pro Woche zusammen:

800 Gramm Rindfleisch	3000 Gramm Kartoffeln
750 " Schweinefleisch	340 " Zucker
800 " Hammelfleisch	5250 " Brot
150 " Reis	455 " Butter
300 " Bohnen	300 " Erbsen
300 " Weizenmehl	21 " Tee
200 " Backpflaumen	11 Liter Essig

Calmer ermittelt nun, zu welchem Preis die angegebenen Nahrungsmengen im Kleinhandel zu kaufen sind und berechnet danach den Wochenbedarf einer Familie mit zwei Kindern. Die Durchschnittsfamilie zählt in Deutschland zwar 4,7 Köpfe, da es sich jedoch mehr um die Verschwendung als um den tatsächlichen Stand der Preise handelt, fällt das nicht schwer ins Gewicht. Betrachtet wir nun für den so ermittelten Wochenbedarf die Preisentwicklung in den letzten fünf Jahren, so erhalten wir folgendes Bild:

Es waren pro Woche für die Ernährung erforderlich:

	1911	1912	1913	1914	1915
	M.	M.	M.	M.	M.
Januar	23,60	24,69	26,01	25,57	29,65
Februar	23,61	24,83	25,86	25,29	31,49
März	23,60	25,18	25,88	25,08	32,90
April	23,80	25,74	25,61	24,96	—
Mai	23,72	25,52	25,43	24,70	—
Juni	23,79	25,85	25,35	24,73	—
Juli	24,37	26,10	25,88	25,12	—
August	24,65	26,66	25,83	26,44	—
September	24,77	26,68	25,78	26,14	—
Oktober	24,88	26,26	25,73	27,09	—
November	24,61	26,08	25,58	27,86	—
Dezember	24,60	26,06	25,46	28,74	—
Jahresdurchschnitt	24,18	25,80	25,69	25,97	31,94

Die Preissteigerung hat, wie die Tabelle zeigt, sofort nach Kriegsausbruch eingesetzt und seitdem ununterbrochen fortgedauert. In den ersten Kriegsmonaten war immerhin das Tempo der Steigerung erträglich; seit Dezember dagegen geht es sprunghaft aufwärts. Im März dieses Jahres waren für dieselbe Menge Lebensmittel 7,82 Mk. pro Woche mehr aufzuwenden als im März 1914. Nun ist es natürlich einfach ausgeschlossen, daß die Arbeiterfamilien im Durchschnitt 25 bis 30 Mk. pro Woche allein für Nahrungsmittel aufwenden können; sie müssen also — selbst im Frieden — mit weniger oder mit schlechteren Nahrungsmitteln vorlieb nehmen als der Marinesoldat. Noch weniger können die Arbeiterfamilien jetzt rund 8 Mk. die Woche mehr für ihre Ernährung ausgeben als im Frieden. Das würde einzelne Arbeiter, die jetzt infolge besonderer Umstände höhere Löhne verdienen als im Frieden, durchsetzen können, die große Mehrheit kann es nicht. Denn die große Mehrheit der Arbeiter, besonders diejenigen, die für unsern Verband in Frage kommen, verdient während des Krieges nicht mehr, sondern eher weniger als vorher. Ein sehr großer Teil der Arbeiterfamilien ist jetzt ganz ohne Ernährer und muß auskommen mit der vom Staat und von den Gemeinden gezahlten Familienunterstützung.

Für alle diese ist es einfach unmöglich, die frühere Lebenshaltung beizubehalten. Nun kann man allerdings einwenden, ja jetzt ist Krieg, da muß sich jeder einschränken. Ja man wird darauf verweisen, daß die hohen Preise für manche Lebensmittel direkt den Staat geholt haben, den Verbrauch einzuschnüren. Es ist jedoch zu bedenken, daß für viele Arbeiterfamilien schon im Frieden die Lebenshaltung so unzureichend war, daß jede weitere Einschränkung schwere gesundheitliche Gefahren einschließt. Schon die Tatsache, daß die oben angegebene Verpflegungsration eines deutschen Marinesoldaten für die weitaus meisten Arbeiter einfach unerreichbar ist, läßt erkennen, daß im Arbeiterhaushalt nicht ohne Gefahr gespart werden kann. Schrieb doch kürzlich der Berliner Physiologe Professor Kluge in der „Frankfurter Zeitung“ als Antwort auf die freie Mahnung zur sparsamer Verwendung der Nahrungsmittel: „Nur etwa 5 Prozent unserer Bevölkerung haben ein Einkommen von über 2000 Mk. Die Mahnung zur nötigen Sparsamkeit bei der Ernährung richtet sich also eigentlich nur an diese aus etwa 5 Prozent bestehende Minderheit. Über die Mahnung zum Sparen und zum weniger essen ist geradezu ungenügend, soweit sie an die 95 Prozent gerichtet wird, die nicht in Heberfuß schwelgen, sondern von denen zweifellos schon viele unterernährt sind.“

Summe: der Krieg ist ein Notstand sondergleichen und rechtfertigt Maßnahmen und Beschränkungen, die im Frieden den allerhöchsten Widerstand auslösen müßten. Also dürfen und würden wir nicht lamentieren darüber, daß der Broitort selbst denen noch höher gehängt wird, die ihn schon seither nur mit Anstrengung erreichen konnten, wenn wir nicht allzuviel Gründe hätten für die Auffassung, daß die unvermeidlichen Uebel des Krieges durch die keineswegs unvermeidliche Raffgier mancher Volksgenossen vermehrt und verschärft werden. Es ist eine unangenehme und unangenehme Tatsache, daß zahlreiche wichtige Lebensmittel zwar in ausreichender Menge vorhanden sind, trotzdem aber durch Spekulationen und Zwischenhändler in der unterstämtesten Weise im Preise hochgetrieben werden. Selbst die „Deutsche Arbeiterzeitung“ klagt darüber, daß „der Großhandel ohne weiteres 100 und mehr Prozent auf den Einkaufspreis“ vorgenommen sind.

Das Blatt faßt seine öffentliche Anklage in den Worten zusammen: „Es hat sich erwiesen, daß der Zwischenhandel, und zwar ebenso der Großhandel wie der Kleinhandel, ohne ein scharfes Eingreifen der Behörden seine wirtschaftlichen Funktionen nicht in einer für das Gemeinwohl befriedigenden Weise ausüben vermag. . . . Mit aller Entschiedenheit und allen verfügbaren Kräften müssen die Behörden gegen die Auswüchse der Spekulation, gegen die un begründeten Preissteigerungen des Zwischenhandels einschreiten und gesunde Verhältnisse herbeizuführen versuchen.“ Es liegt allerdings nicht so, daß nur der Zwischenhandel im Nothre fikt. Auch die Produzenten schneiden sich Pfaffen, ganz besonders die Landwirte. Dürre irgendwie bestreiten zu wollen, daß auch die Landwirte Lasten zu tragen und besondere Aufwendungen zu machen haben, muß doch gesagt werden, daß sie die Bevölkerung vielfach in der unfreiesten Weise überverteilt haben. Sie haben für ihre Erzeugnisse Preise gefordert und erhalten, die man fast wucherisch nennen möchte. Und als die Regierung mit Höchstpreisen dagegen einschritt, haben sie — selbstverständlich mit den Ausnahmen, die die Regel bestätigen — offen und auf Umwegen diese Höchstpreise umgangen. Das sagt den Landwirten einer, der sie kennt und der nicht in dem Geruch steht, gern und grundlos Anklagen gegen eine so einflußreiche Volksgruppe zu erheben. Nämlich Herr Superintendent von Düppe, der Herausgeber der „Dorfsirne“. In einem Artikel erhebt er zwar den Eifer der Landwirte in der Viehzucht an, dann aber erhebt er folgende schwere Anklage gegen sie:

„Es ist unübersehbar als allgemein gültig festgestellt worden, daß von den Landwirten zu den Höchstpreisen trotz aller Gesetze nichts zu kriegen war. Trotzdem nicht nur das Fehlen, sondern auch das Fehlen freiwillig gebotener höherer Preise strafbar war, ist nur zu höherer Preisen verkauft und die wichtigsten Nahrungsmittel sind zurückgehalten worden. Alle Gesetze betreffend Aemdelung, Verkauf und Schrotten des Getreides waren Schläge ins Wasser. Gar wirklich die ganze deutsche Landwirtschaft gegen Gesetz und Recht in der höchsten Gefahr des Vaterlandes dem deutschen Volke das Brot zurückgehalten, um von der Not des deutschen Volkes Profit zu ziehen? Die Frage ist entsehl. Was sie bejaht werden, so ist alle Liebestätigkeit des Sandvolkes ein kleines Almosen neben einem Raubzug auf die Not des Volkes. So hat der Geschäftseifer, den unser Landvolk in den letzten Jahren eingezogen hat, sein Werk vollendet und die Seele des Landvolkes zerstört. Es hatte kein Recht mehr, sich über Englands Krämergeist zu erheben. Denn die Sünde am eigenen Volke ist schlimmer als die am Fremden.“

Das ist derb, aber wahr. Trotzdem wird wenig oder gar nichts damit geändert. Wer den Eigennutz mit Moralpredigten bekämpft, hat ungefähr so viel Aussicht, sein Ziel zu erreichen, wie jemand, der ein modernes Panzergeschütz mit einer Streifenbüchse in den Grund bohren will. Die Leute, die ohne Gewissenskrampf die Not ihrer Mitmenschen ausnützen, um die eigenen Taschen zu füllen, werden ihr profitables Beginnen nicht deshalb aufgeben, weil irgend jemand an ihr Gewissen und an ihren Patriotismus appelliert, sondern nur dann, wenn ihnen gesetzliche Klammern angelegt werden.

Allerdings haben wir schon zahlreiche gesetzliche Eingriffe in die private Preisbildung und Abgaberegelung. Aber einmal sind diese Maßnahmen meist ohne ausreichende Vorbereitung getroffen und zum andern ist ihre Wirksamkeit durch allerlei Rücksichten auf Interessengruppen beeinträchtigt worden. Trotzdem sind solche Maßnahmen da, wo sie halbwegs durchgreifen, nicht ohne Wirkung. Es sei hier nur verwiesen auf den Unterschied in der Preissteigerung für Mehl und Kartoffeln. Nach dem Gesetz von Angebot und Nachfrage, das die Preischwankungen im privaten Handel bestimmend beeinflusst, hätten Kartoffeln viel weniger im Preise steigen müssen als Mehl, weil sie weit reichlicher vorhanden waren. Wie stellten sich aber tatsächlich die Preise?

Es folgten in Berlin:

	März 1914	März 1915	Steigerung in Prozent
1 Kilogramm Weizenmehl 42 Pf.	51 Pf.	29	
1 " Roggenmehl 30 "	48 "	60	
1 " Kartoffeln 5 "	11 "	180	

Die Steigerung ist zwar bei dem Mehl schon recht stark, aber sie ist ungleich stärker bei den Kartoffeln. Warum? Sehr einfach: das Mehl ist dem freien Handel entzogen und wird zu einem festgesetzten Preise von der Kriegsgütergesellschaft abgegeben, Kartoffeln dagegen sind dem privaten Zwischenhandel überlassen. Waren auch die Kartoffeln rechtzeitig und zu angemessenen Bedingungen beschlagnahmt worden, so wäre eine so ungeheure Preissteigerung, wie sie stattgefunden hat, einfach unmöglich gewesen. Es soll gewiß nicht bestritten werden, daß eine solche Beschlagnahme auf allerhand Schwierigkeiten gestoßen wäre, aber unüberwindlich wäre sie nicht, vor allem dann nicht, wenn die Regierung mehr als bisher die Hilfe der bestehenden wirtschaftlichen Organisationen, vor allem der Gewerkschaften, für die Durchführung solcher Maßnahmen in Anspruch nehmen würde. Hoffentlich wird nun wenigstens die nächste Ernate der Arbeiter entzogen. Das ist jetzt leichter als im Vorjahre. Viele Erfahrungen sind gemacht, und manche Fehler können vermieden werden. Die Zeit zur Vorbereitung und Bereinigung ist eustreichend. Nur muß bald damit begonnen werden. Die Vertreter der Komponenten werden ihre Dienste gern zur Verfügung stellen. Es gilt, die Ernährung des Volkes nicht nur sicherzustellen, sondern sie zu erschwinglichen Preisen herzugeben. Das wird nur möglich sein, wenn alle wichtigen Lebensmittel dem privaten Handel entzogen und ausschließlich nach gemeinsamen Gesichtspunkten verwaltet und verteilt werden.

Die weitere Ausdehnung des Schutzes durch das Eingreifen Justiz hat zarte Stellung schwerer gemacht. Um so nachdrücklicher müssen alle brennendsten und brennendsten Kreise dafür einwirken, daß das Land, soweit es eine unermessliche Beglückung dieses Krieges ist, nicht brennt und verbrannt wird durch die nur von Gemeinwohl aus zu realisierenden einzelnen Maßnahmen. Sehr sehr dringend ist die Beschäftigung der Arbeiter. Dieser nationalökonomische Begeisterung wird angesichts dieser gewaltigen Profitaufschüsse auf Kosten der Komponenten in der Geschichte, wie viele Begeisterter sind gewissermaßen entzündet worden! So ganz ohne Ende und so tief unter Her, so klein ist das Geschäft im Lande! Ja, klein ist das Geschäft im Lande! Das Geschäft der Privatier und Lebensmittelanbieter nämlich. Dießem kleinen Geschäft hat volkswirtschaftliche Handwert zu legen, ist Pflicht aller, die dazu berufen sind.

## Für die Familien der Kriegsteilnehmer.

Die Verhandlungen des Reichstags über die Verbesserungen der Entschädigungen, die an die Familien der im Kriege gefallenen oder arbeitsunfähig gewordenen Kriegsteilnehmer gezahlt werden sollen, sind jetzt beendet und ihr Ergebnis ist so, daß eine genaue Aufklärung der in Betracht kommenden Familien notwendig erscheint. Leider muß jede Familie, deren Ernährer zum Kriegsdienst eingezogen ist, mit der Möglichkeit rechnen, daß auch sie in die traurige Lage kommt, die Entschädigungen in Anspruch nehmen zu müssen. Daher ist diesen Familien zu raten, die Belehungen über den Anspruch auf die Entschädigungen, wie sie sich jetzt gestalten haben, für alle Fälle sorgfältig aufzuheben.

Eine besondere Schwierigkeit für die Erlangung der jetzt zugeständenen Verbesserungen liegt darin, daß die Militär-Versorgungsgesetze und das Militär-Hinterbliebenengesetz unverändert geblieben sind, also über die Verbesserungen nichts sagen. Ebenso geht aus den Beschlüssen des Reichstags allein — und nur sie werden in der Regel den unteren Behörden bekannt — nicht mit der nötigen Bestimmtheit hervor, was die Familien verlangen können. Maßgebend hierfür sind vielmehr die gesamten Verhandlungen über diese Frage sowohl in dem Reichshaushalts-Ausschuß als auch in der Vollversammlung des Reichstags. Hieraus ergibt sich:

Die Entschädigungen, die nach den Militär-Versorgungsgesetzen und nach dem Militär-Hinterbliebenengesetz zu zahlen sind, stellen nur die unter allen Umständen zu gewährenden Mindestleistungen dar. Zu ihnen sind jetzt Verbesserungen gekommen, die sich auf den Kreis der anspruchsberechtigten Personen, auf die Höhe der Leistung und auf das Verhalten beziehen.

Anspruchsberechtigt sind nach dem Militär-Hinterbliebenengesetz die Ehefrau, Kinder, Eltern und Großeltern der im Kriege gefallenen Kriegsteilnehmer. Die unehelichen Kinder und die Pflegekinder können nach dem Gesetz nichts verlangen. Diese Güter soll überall dort befreit werden, wo der gefallene Kriegsteilnehmer zum Unterhalt dieser Kinder entweder gesetzlich verpflichtet war oder tatsächlich freiwillig beigetragen hat. In entsprechender Weise sollen für die Hinterbliebenenversorgung den Eltern gleichgestellt werden die Personen, die den gefallenen Kriegsteilnehmer wie ihr Kind erzogen haben und von ihm wie von ihrem Kinde unterstützt worden sind oder unterstützt worden wären.

Die Eltern haben nach dem Militär-Hinterbliebenengesetz nur dann einen Anspruch, wenn ihr Lebensunterhalt von dem Sohn, der ihnen durch den Krieg entzogen worden ist, bereits früher ganz oder vorwiegend bestritten wurde. Außerdem sollen jetzt diejenigen Eltern anspruchsberechtigt sein, die sich erst nach dem Tode ihres Sohnes nicht mehr aus eigener Kraft ernähren können und daher der Unterstützung bedürftig geworden sind.

Die Höhe der Unterstützungen richtet sich in erster Linie nach den Militär-Versorgungsgesetzen und dem Militär-Hinterbliebenengesetz. Wenn aber diese Bezüge in keinem Verhältnis zu dem früheren Verdienst des gefallenen oder arbeitsunfähig gewordenen Kriegsteilnehmers stehen, sollen Zuschläge gewährt werden. Die Zuschläge sind so zu bemessen, daß sie, zusammen mit den Bezügen nach den Gesetzen, betragen:

bei der Witwe . . . . .	etwa 30—40 Proz.	des früheren Verdienstes
den Vollaaiern . . . . .	20—30 "	
den Halbwaisen . . . . .	12—20 "	
den Eltern . . . . .	20 "	
dem ganz arbeitsunfähigen Kriegsteilnehmer . . . . .	75 "	
bei dem hilflosen Kriegsteilnehmer . . . . .	100 "	

Jedoch sollen die Zuschläge nur so weit bewilligt werden, daß alle Bezüge für eine Familie zusammen nicht mehr als etwa 2400 Mark oder das Gesamteinkommen der Familie nicht mehr als 5000 Mk. jährlich betragen.

Für den teilweise arbeitsunfähigen Kriegsteilnehmer soll die Verdienstmöglichkeit berücksichtigt werden. Nehmen wir an, ein solcher Kriegsteilnehmer soll nach dem Gutachten der Ärzte noch 30 Prozent Arbeitsfähigkeit besitzen. Findet er aber ohne seine Schuld überhaupt keine Arbeit oder nur eine solche, bei der er nicht 30 Prozent des vollen Verdienstes erreichen kann, so soll ihm in erster Fall die Vollrente, im zweiten Fall die Rente ausbezahlt werden, die seinem Verdienst entspricht.

Das Verfahren ist ganz besonders wichtig für die Erlangung der Mehrleistungen. Den Anspruch hat der Berechtigte bei der Ortspolizeibehörde seines Wohnortes anzumelden. Ob aber hier immer die nötige Kenntnis dessen besteht, was über die Bestimmungen der Militär-Versorgungsgesetze und des Militär-Hinterbliebenengesetzes hinaus verlangt werden kann, ist sehr zweifelhaft. Daher darf sich der Berechtigte nicht durch eine ungünstige Auskunft der Ortspolizeibehörde zurückschrecken lassen, sondern muß darauf bestehen, daß sein Antrag so angenommen wird, wie er ihm stellt, daß also auch die Mehrleistungen verlangt werden. Wird ihm das von der Ortspolizeibehörde verweigert, dann muß er sich bei der vorgesetzten Behörde beschweren.

Sollen die Entschädigungen für wehrfähige Kinder oder Pflegekinder gewährt werden, dann muß gleich der genaue Nachweis dafür beigelegt werden, daß die behaupteten Unterstützungen früher erlosch sind. Eltern, die erst nachträglich unterstützungsbedürftig geworden sind, haben ihre wirtschaftliche Lage zu schildern und dürfen ebenfalls Beweise, die beigebracht werden können, nicht verpassen. Dasselbe gilt für teilweise arbeitsunfähige Kriegsteilnehmer, die eine höhere Rente haben wollen, weil sie nicht so viel verdienen können, wie ihrer Rente entspricht: sie haben ihren Verdienst nachzuweisen. Das wird in der Regel am einfachsten und besten durch einen Lohnauszug des Arbeitgebers geschieht.

Schwieriger wird manchmal der Nachweis in den Fällen sein, in denen der frühere Verdienst eines gefallenen Kriegsteilnehmers in Betracht kommt. Wo es aber irgend möglich ist, muß auch in diesen Fällen der Lohnauszug des Arbeitgebers beigelegt werden. War der Verdienst des Gefallenen vor dem Eintritt des Mannes in den Kriegsdienst außerordentlich gering, dann ist der Nachweis für die Zeit des regelmäßigen Verdienstes notwendig.

Es kann sich aber auch um einen Gebliebenen oder Verletzten handeln, der so jung ist, daß er vor seinem Eintritt in den Kriegsdienst noch gar keinen oder einen ganz geringen Verdienst gehabt hat. Für ihn muß der Verdienst nachgewiesen werden, den der junge Mann nach seiner vollständigen Ausbildung erlangt hätte. Für Geschäftsleute, Bauern usw. werden die Steuern des Kriegsteilnehmers einen Anhalt zur Schätzung des früheren Arbeits-

verdienstes bieten; daher wird der Steuerzettel dem Antrag beizulegen sein.

Die ärztlichen Gutachten werden für teilweise Arbeitsunfähige sehr wichtig sein. Gilt ein Verletzter die ihm bewilligte Rente für zu gering und glaubt er, daß ein anderer Arzt seines Bezirks ein günstigeres Gutachten abgeben kann, so soll der Berechtigte ausdrücklich beantragen, daß von diesem Arzt ein Gutachten eingeholt werde. Dies Gutachten wird ihn darüber beruhigen, daß er in der Tat die ihm zustehende Rente zu erhalten hat.

Nach den Verhandlungen im Reichstag ist anzunehmen, daß die hier angeführten Verbesserungen der Entschädigungen gewährt werden, wenn nur der richtige Weg dazu eingeschlagen worden ist. Wo daher die Bemühungen nicht den erwarteten Erfolg gehabt haben, ist zu vermuten, daß ein Fehler vorgekommen ist. Daher wird es gut sein, wenn sich damit die Beteiligten an ein Arbeitsekretariat wenden. Ueberhaupt werden ihnen die Arbeitsekretariate in derartigen Angelegenheiten wertvolle Hilfe leisten können. Gustav Hoch.

## Die Sorge für unsern Nachwuchs.

Je länger der Weltkrieg dauert, desto größer sind die Lücken, die in unsern Volkserbe gerissen werden, desto schlimmer ist der Mangel, durch den unsere Volksgemeinschaft geschwächt wird. Es läßt sich noch gar nicht absehen, wie groß diese Schwächung sein wird, und es läßt sich die Größe der Gefahr noch gar nicht ermessen, die dadurch unsere Zukunft bedroht, daß Deutschland so zahlreiche Menschen im Felde und in den Lazaretten verliert. Da ist es denn eine wichtige Aufgabe für Staat und Gesellschaft, den Mangel, den unser Volk gegenwärtig erleidet, durch eine planmäßige Fürsorge für einen kräftigen Nachwuchs wieder auszugleichen. Diese Fürsorge ist um so notwendiger, weil ohnehin in den letzten Jahrzehnten die Zahl der Geburten bei uns in Deutschland, wie in allen andern Kulturländern, verhältnismäßig schnell abnimmt und weil unter den gegebenen Verhältnissen auch keine Aussicht vorhanden ist, die Geburtensziffer wieder in die Höhe zu bringen. Da bleibt uns kein anderer Weg übrig, als den vorhandenen und den kommenden Nachwuchs vorzüglich und schonend zu behandeln, damit wir auf diese Weise eine möglichst große Anzahl gesunder, kräftiger und leistungsfähiger Menschen heranziehen. Soziale Fürsorge für unsere heranwachsende Jugend ist also die große Forderung der nächsten Zukunft, und zwar liegen die Gründe für diese Forderung nicht einmal in menschlichen oder moralischen Erwägungen, sondern in der wirtschaftlichen Notwendigkeit. Wir müssen einen gesunden Nachwuchs heranziehen, der da imstande ist, in die Bresche zu springen und die entstandenen Lücken in unserm Wirtschaftsleben auszufüllen.

In allererster Linie handelt es sich darum, daß lebensfähige Kinder geboren und daß sie gegen die Beschädigungen des menschlichen Lebens geschützt werden. Dieser Kinderschutz muß naturgemäß schon vor der Geburt des Kindes einsetzen. Hier ist die Schonung und die Pflege der schwangeren Frauen von großer Bedeutung, und die Geburtshilfe muß nach wissenschaftlichen Grundsätzen unter Zuhilfenahme der bisherigen Erfahrungen betrieben werden. Welche wichtige Rolle von diesem Gesichtspunkt aus die gewerbliche und landwirtschaftliche Frauenarbeit spielt, braucht wohl nicht erst besonders hervorgehoben zu werden. Es muß mit dem bisherigen System gebrochen werden, daß man die werdenden Mütter rücksichtslos ausbeutet und dadurch bereits die neugeborenen Kinder aufs allerhöchste schädigt. Auch die Wöchnerinnen und die stillenden Mütter bedürfen einer sachgemäßen Wartung und Beachtung, damit sie in der Lage sind, ihr eigenes Leben und das Leben der Säuglinge der Gesellschaft zu erhalten. Diese zwei kostbaren Güter können aber nur dann erhalten bleiben, wenn das Gebären und das Aufziehen von Kindern nicht mehr wie bisher als eine Nebenbeschäftigung überbürdeter Frauen, sondern als ein hochentwickelter sozialer Beruf betrachtet und entlohnt wird. Die hohen Ziffern der Mütter- und Säuglingssterblichkeit, die uns die Statistik bietet, reden eine gar eindringliche Sprache und mahnen uns, daß wir in dieser Beziehung viel verabsäumt haben. Alljährlich sterben bei uns Tausende und Zehntausende von Kindern im zartesten Alter, und zahlreiche Mütter büßen bei und nach der Entbindung ihr Leben ein, die bei besserer Pflege und Ernährung hätten erhalten bleiben können. Diese Tatsache bildet eine schwere Anklage gegen Staat, Gemeinden und Gesellschaft. Ganz abgesehen von dem Mangel an Menschlichkeit, der hierbei zutage tritt, ist der wirtschaftliche Schaden, der in dieser Vergewandlung von Menschenleben liegt, geradezu ungeheuerlich.

Auch für die schulpflichtigen und vor-schulpflichtigen Kinder muß noch eine viel größere Sorgfalt angewendet werden, wenn sie sich zu arbeitsfähigen Männern und Frauen entwickeln sollen. Die Kinderarbeit in Landwirtschaft, Handel und Gewerbe, die bislang so viel Unheil angerichtet hat, muß beseitigt werden, damit die Jugend ihre Jugend genießen kann, und nicht minder bedürfen die jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen größtmöglicher Schonung. Die jungen, unentwickelten Menschen sollen nicht vorzeitig gepflückt werden; die Gesellschaft soll warten, bis sie gereift sind und Früchte bringen können. Andernfalls erleidet unser Volk unerheblichen Schaden, und der so notwendige Verzögerungs- und Gesundungsprozess wird gehemmt. Leider ist in dieser Beziehung von den industriellen und landwirtschaftlichen Unternehmern unheimlich viel gesündigt worden, indem man den Tieren und den Maschinen eine größere Sorgfalt hat angedeihen lassen als den jungen Menschenkinder und ihren Müttern. Hier drängen sich uns ganz neue Aufgaben auf, die dringend der Lösung harren.

Es liegt in der Natur der Sache, daß sich die Sorge für unsern Nachwuchs nicht auf das körperliche Gebiet beschränken darf. So unumgänglich notwendig es ist, die Kinder vor Überarbeit zu bewahren und ihre Körperkräfte auszubilden, so notwendig ist es auch, sie geistig, beruflich und moralisch zu tüchtigen Menschen heranzubilden. Ein gesunder Geist in einem gesunden Körper muß das Ziel unserer Tätigkeit sein. Dazu ist nicht nur eine gute Schulbildung und eine sorgfältige Berufsbildung notwendig, sondern auch die Eltern müssen ihre Pflicht in und außer dem Hause tun. Darum muß ihnen die erforderliche Zeit gewährt werden, und überdies müssen ihnen die entsprechenden Kenntnisse zur Verfügung stehen, die eine gute Familienziehung ermöglichen. Hier können ein fester Wille und ein höchstentwickeltes Pflichtgefühl wahre Wunder wirken, und wenn dann noch Staat und Gemeinden für die materiellen Mittel in weitherziger Weise sorgen, so steht zu hoffen, daß ein tüchtiges, starkes Geschlecht heranwächst.

Ein besondres Kapitel ist noch die Fürsorge für jene armen Kinder, die durch den Krieg ihren Vater verloren haben. Hier handelt es sich darum, durch eine soziale Tätigkeit echter Art den Kindern das zu ersetzen, was ihnen der Krieg genommen hat. Staat, Gemeinden und private Organisationen müssen Hand in Hand arbeiten, um den Kriegerverwunden und Kriegerverwunden eine Existenzmöglichkeit zu verschaffen, damit sie nicht ins Elend verfallen, sondern der Gesellschaft erhalten bleiben. Ueber dieses Thema wird nach Beendigung des Krieges noch manches ernste Wort zu reden sein. Es ist eine Ehrenpflicht, den gefallenen Kriegern darüber den Zoll der Dankbarkeit abzutragen, daß für die Hinterbliebenen in reichlichem Maße gesorgt wird.

Die Sorge für unsern Nachwuchs ist nicht nur eine moralische Pflicht der Gesellschaft, sie liegt vielmehr vor allen Dingen in unserm wohlverstandenen wirtschaftlichen und staatlichen Interesse. Jedes Kind ist ein Wertgegenstand, der Geld gekostet hat, und dieses Geld durch spätere Leistungen wieder einbringen soll. Darum muß der in einem Kinde stehende hohe Wert geschont und vor Raubbau geschützt werden, damit die Gesellschaft später ihren Nutzen daraus ziehen kann. Auch der Staat hat ein lebhaftes Interesse an einem körperlich und geistig hochstehenden Nachwuchs; denn wohin sollte es wohl führen, wenn dieser Nachwuchs jähst? Die Ausgaben und Aufwendungen, die in dieser Hinsicht gemacht werden, sind also nicht, wie viele Leute in ihrer Kurzsichtigkeit meinen, weggezwungenes Geld, sondern sie sind vielmehr Anlagen und Vor-schüsse, die eine spätere Zeit zurückzahlen wird. Wie ein Bauer Aufwendungen macht, um sein Land und sein Vieh zu verbessern und höhere Leistungen zu erzielen, wie ein Fabrikant oder Sandwerkmüller Geld ausst, um

Seine Maschinen und Anlagen auf die Höhe zu bringen, so muß auch die menschliche Leistungsfähigkeit der Menschheit gesteigert werden.

Der Arbeitsmarkt im Monat April.

Ueber die Lage des Arbeitsmarktes im Monat April haben 44 wirtschaftliche Verbände und 437 Einzelunternehmungen an das Reichsarbeitsblatt berichtet.

Die chemische Großindustrie ist zum Teil im Berichtsmonat etwas schwächer als im März beschäftigt gewesen.

Die Herstellung von Anilin- und Teerfarbstoffen hat im ganzen infolge der Zunahme der Lieferungen für Kriegszwecke eine Verbesserung erfahren.

Die Herstellung von Textil- und Gerbstoffextraktfabrikation weist gleichfalls keine Veränderung auf.

Die Holz- und Gerbstoffextraktfabrikation weisen gleichfalls keine Veränderung auf.

Die Herstellung von Anilin- und Teerfarbstoffen hat im ganzen infolge der Zunahme der Lieferungen für Kriegszwecke eine Verbesserung erfahren.

Die Herstellung von Textil- und Gerbstoffextraktfabrikation weisen gleichfalls keine Veränderung auf.

Die Herstellung von Anilin- und Teerfarbstoffen hat im ganzen infolge der Zunahme der Lieferungen für Kriegszwecke eine Verbesserung erfahren.

Die Herstellung von Textil- und Gerbstoffextraktfabrikation weisen gleichfalls keine Veränderung auf.

Die Herstellung von Anilin- und Teerfarbstoffen hat im ganzen infolge der Zunahme der Lieferungen für Kriegszwecke eine Verbesserung erfahren.

Die Herstellung von Textil- und Gerbstoffextraktfabrikation weisen gleichfalls keine Veränderung auf.

Die Herstellung von Anilin- und Teerfarbstoffen hat im ganzen infolge der Zunahme der Lieferungen für Kriegszwecke eine Verbesserung erfahren.

Die Herstellung von Textil- und Gerbstoffextraktfabrikation weisen gleichfalls keine Veränderung auf.

Die Herstellung von Anilin- und Teerfarbstoffen hat im ganzen infolge der Zunahme der Lieferungen für Kriegszwecke eine Verbesserung erfahren.

Die Herstellung von Textil- und Gerbstoffextraktfabrikation weisen gleichfalls keine Veränderung auf.

Die Herstellung von Anilin- und Teerfarbstoffen hat im ganzen infolge der Zunahme der Lieferungen für Kriegszwecke eine Verbesserung erfahren.

Die Herstellung von Textil- und Gerbstoffextraktfabrikation weisen gleichfalls keine Veränderung auf.

Die Herstellung von Anilin- und Teerfarbstoffen hat im ganzen infolge der Zunahme der Lieferungen für Kriegszwecke eine Verbesserung erfahren.

Die Herstellung von Textil- und Gerbstoffextraktfabrikation weisen gleichfalls keine Veränderung auf.

Die Herstellung von Anilin- und Teerfarbstoffen hat im ganzen infolge der Zunahme der Lieferungen für Kriegszwecke eine Verbesserung erfahren.

Die Herstellung von Textil- und Gerbstoffextraktfabrikation weisen gleichfalls keine Veränderung auf.

Die Herstellung von Anilin- und Teerfarbstoffen hat im ganzen infolge der Zunahme der Lieferungen für Kriegszwecke eine Verbesserung erfahren.

Die Herstellung von Textil- und Gerbstoffextraktfabrikation weisen gleichfalls keine Veränderung auf.

Die Herstellung von Anilin- und Teerfarbstoffen hat im ganzen infolge der Zunahme der Lieferungen für Kriegszwecke eine Verbesserung erfahren.

Die Herstellung von Textil- und Gerbstoffextraktfabrikation weisen gleichfalls keine Veränderung auf.

Die Herstellung von Anilin- und Teerfarbstoffen hat im ganzen infolge der Zunahme der Lieferungen für Kriegszwecke eine Verbesserung erfahren.

So weit die Berichte aus der Industrie. Daß sie mit Vorsicht aufzunehmen sind, daß insbesondere die Angaben über Löhnerhöhungen kritisch gewertet werden müssen, haben wir schon bei der Wiedergabe der Märzberichte (S. Nr. 22 des „Prolet.“) gesagt.

Nach den Berichten der Gewerkschaften an das „Reichsarbeitsblatt“ bzw. an das Statistische Amt dauerte der allgemeine Mangel an Arbeitslosigkeit auch im April an.

Table with 6 columns: Fachverbände, Mitgliederzahl Ende April 1915, and Arbeitslose in various months (April, März, Febr., Jan., Dez., Aug.). Rows include Metallarbeiter, Bauarbeiter, Fabrikarbeiter, Transportarb., Solgarbeiter, and Textilarbeiter.

Aus der Uebersicht erhellt, daß mit Ausnahme des Textilarbeiterverbandes, der noch festem Mangel an Arbeitslosen ausgesetzt ist, im April ein leichtes Ansteigen der Zahlen um 0,7 von Ende März zu Ende April zu verzeichnen ist.

Table showing unemployment statistics by region (Ost- und Westpreußen, Pommern, Berlin und Brandenburg, etc.) with columns for 'in allen berichtenden Verbänden' and 'im Verband der Fabrikarbeiter' for the months of Dec 1914 and April 1915.

In Ost- und Westpreußen und Pommern ist die Arbeitslosigkeit gestiegen, in allen übrigen Landesteilen gesunken. Allgemein waren Ende April nur noch halb soviel Arbeitslose vorhanden wie Ende Dezember.

Aus der Industrie

Kriegsgewinne in der Papierindustrie.

Die deutsche Papierindustrie hat unter dem Kriegszustande empfindlich zu leiden, weshalb sie durch Erhöhung der Papierpreise einen Ausgleich herbeizuführen sucht.

Die Wirkungen des Krieges kommen in den Jahresbilanzen der Aktiengesellschaften recht deutlich zum Ausdruck. Die Aktiengesellschaft Schellhammer Holzleiste- und Papierfabrik erzielt für das Jahr 1914 mit einem Gewinn von 146 181 Mk. aus 100 000 Mk. Umsatz.

12 900 Mk. für 1914 gesunken. Auf die Vorzugsaktien werden 5 Prozent Dividende verteilt, die Stammaktien gehen leer aus. Die Vereinigten Baugener Papierfabriken erhöhen 1914 ihren Verlust um 161 150 Mk. auf 699 400 Mk.

Sprengstoff- und Munitionshochkonjunktur.

Das Geschäft der deutschen Sprengstofffabrikanten blüht in Kriegzeiten wie nie zuvor. Wir haben bereits über die gesteigerten Kriegsgewinne der Vereinigten Köln-Rottweiler Pulverfabriken und der Rheinisch-Westfälischen und Westfälisch-Niederrheinischen Sprengstoffaktiengesellschaften berichtet.

Auch die ausländischen Sprengstoffwerke haben Hochkonjunktur. Die Aktiengesellschaft Dynamit-Nobel in Wien steigerte ihren Produktionsgewinn um 2,95 auf 3,02 Millionen Kronen.

Besonders gute Geschäfte machen die Amerikaner mit unsern Feinden. Wir entnehmen der „Chemiker-Zeitung“ folgende Notiz: „Bereits für 4 Milliarden Kriegsmaterial soll Amerika an England und Frankreich geliefert haben.“

Diese ungeheuren Aufwendungen scheinen auf der einen Seite wohl Arbeitsgelegenheit und Reichtum für die Aktionäre von Sprengstoff- und Munitionsfabriken, aber die Reihenteile zeigt, daß alle diese Summen keine bleibenden, dem Wohlgehen der Nationen dienenden Aufgaben erfüllen, sondern der Herstellung von materiellen Werten und kostbaren Menschenleben dienen.

Zur Stickstofffrage.

Stickstoffverbindungen werden in großen Mengen im Haushalte der Natur verbraucht. Ohne sie würden die Bodenerträge eine starke Verminderung erfahren und die Ernährung des Volkes in Frage stellen.

Der Krieg in der chemischen Industrie.

Den Franzosen scheinen die Leistungen der chemischen Industrie Deutschlands in diesem Kriege sehr unbekannt zu werden. Sie haben kürzlich ein aus 18 Flugzeugen bestehendes Geschwader nach Ludwigshafen geschickt, um die großen Anlagen der B. A. S. F. mit Bomben zu beschießen.

Gewerkschaftliche Nachrichten.

Der Buchdruckerverband im Jahre 1914.

Der Weltkrieg 1914/15 ist trotz des ausgedehnten deutschen Zeitungswesens dem Buchdruckerstande sehr schädlich. Wenn die Einberufungen zum Heere nicht so über Erwarten stark wären (bis Ende Januar 1915 22760 = 82,3 Prozent der Mitglieder), würde die Arbeitslosigkeit in dieser Arbeiterkategorie beispiellos groß sein. Die Unterhaltungsleistungen des Verbandes sind sehr hoch, obwohl einige Einschränkungen vorgenommen wurden. In den ersten vier Kriegswochen wurde in sämtlichen Unterhaltungsabteilungen volle Unterstützung gewährt, dann wurden an der Arbeitslosenunterstützung täglich 25 Pf. und an den Krankenkassen hierzu ebenfalls 25 Pf. gelöhnt, während zum Besonderen Krankenunterstützung die Karenz verlängert wurde. Die übrigen Unterhaltungsabteilungen blieben unverändert; durch die Gewährung einer Zuschlagsdauer bei Krankheitsurlaub trat sogar eine Erleichterung ein. Die Verbandsertragssteuer (die Gabe und Mitgliedschaften) legten sich fast durchweg noch Extrabeiträge auf von 50 Pf. wurde im vorigen auf 30 Pf. herabgesetzt und kommt demnach jetzt in jedem Falle, gleichgültig wie die alte Beitragssdauer bei der Krankenunterstützung wieder eingesetzt werden. Wie groß die Arbeitslosigkeit gewesen ist, ergibt man daran, daß in den ersten zwei Quartalen 1914 die Arbeitslosigkeit 3 1/2 Prozent betrug, in den letzten zwei jedoch 23 Prozent. Zudem waren noch 7,8 Prozent der Mitglieder zu anderen Berufen übergegangen. Die Arbeitslosenunterstützung hat demnach 2723 831 M. erfordert, gegen 1913 mehr 1 487 735 M. Zu vier von den neun Unterhaltungsabteilungen waren geringere Ausgaben zu verzeichnen, trotzdem wurden für das gesamte Unterhaltungsabteil 4 373 623 M. angewendet. Das Verbandsergebnis hatte mit 11 327 390 M. am 1. Juli 1914 seinen höchsten Stand erreicht; es sank bis zum Jahresfuß auf 9 913 184 M., also sind 1 410 156 M. im Jahre 1914 zugeflossen worden, was, wenn man die volle Mitgliederzahl bei Kriegsausbruch einrechnet, den hohen Kupferbetrag von 20,02 M. ausmacht. Der Verbandsvorstand regte, um der riesigen Arbeitslosigkeit etwas zu tunen, bei der Unternehmervereinigung eine gemeinsame Eingabe an die städtischen und kommunalen Behörden, an alle öffentlichen Organisationen wie an die Geschäftswelt an, zwecks vermehrter Auftragserteilung in Druckereien. Der Unternehmerverband sagte bereitwillig Zustimmung zu, die Presse sorgte in weitgehendem Umfang für Verbreitung dieses Aufrufs, und der Erfolg war einigermassen bescheidend. Auf internationaler Ebene ereignete sich ein recht beachtenswertes Ereignis, etwa 800 Mitglieder zählende Buchdruckerorganisation der romanischen Schweiz nahm mit Billigung des Verbandes der deutschen Schweiz eine Umfrage bei den dem Internationalen Buchdruckerföderation (früher Sij Bern, seit 1909 Santiago) angehörenden Verbänden vor, ob das Sekretariat nicht in Anbetracht des Krieges nach einem neutralen Lande - die Schweiz kam sehr deutlich in Vorschlag - verlegt werden sollte. Die gänzlich der Begründung entbehrende und von unberechtigter Animosität zeugende Anregung fand indes nur geringe Beachtung. Der deutsche, der österreichische und der ungarische Verband, die wichtigsten Organisationen lehrten mit über 100 000 Mitgliedern das Ansinnen ab. Die dafür zu habenden andern Verbände können nur etwa 25 000 Mitglieder aufweisen.

Mit Genehmigung gedenkt der Vorstandsvorstand noch der Ausstellung für Buchdruck und Graphik in Leipzig 1914, die eine untergeordnete Stellung einnahm, vom Weltkrieg jäh unterbrochen. Der Buchdruckerstand erhofft für seine wohlgeleitete Spezialausstellung bekanntlich einen der höchsten Staatspreise, die nur wenige Male vergeben wurden. Das nächste Verbandsergebnis der Buchdrucker, eine wirkliche Verbesserung gewerkschaftlicher Kraftbeweise, ist nun demnach im Garten des Leipziger Volkshauses aufgestellt worden.

Der Textilarbeiterverband im Jahre 1914.

Der Kampf um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen mußte von Kriegsbeginn an zurückgehen. Burgenrieden wurde zur Lösung. Die Unternehmer in der Textilindustrie haben leider in vielen Fällen den Burgenrieden nicht respektiert; sie haben im Gegenteil die Gelegenheit benutzt, ihren Arbeitern Lohnreduktionen auszusprechen. Diese Fälle werden nicht vergessen, sie sind den Herren vorläufig gutgeschrieben.

Mit Ausbruch des Krieges wurde die Arbeitslosigkeit im Gewerbe eine ganz ungeheure (Ende August 23,2 Prozent), so daß sich der Verbandsvorstand vor die Notwendigkeit gestellt sah, das Unterhaltungsabteil auf eine völlig neue Basis zu stellen. Kranken-, Reise-, Streik- und Gewerkschaftsunterstützung wurden vorläufig ausgesetzt, die Arbeitslosenunterstützung auf zwei Drittel und später auf die Hälfte der bisherigen Höhe beschränkt. Für die Familien der zum Heeresdienst einberufenen Mitglieder wurde die ersten zwei Monate eine besondere Unterstützung gezahlt, die aber Ende September in Weizell kam, da mittlerweile das Unterhaltungsabteil in den Gemeinden mehr und mehr geregelt wurde.

Mit Ausbruch des Krieges war der Verband in einem schweren Kampf mit den organisierten Unternehmern der Rheinlande verwickelt. Wegen geringerer Lohnforderungen einiger Wälder waren dort circa 10 000 Textilarbeiter ausgebeutet. Von Verbandsmitteln waren 13 319 beiseite, darunter 9561 Arbeiterinnen. Der Kampf wurde mitten in den Unterhaltungen infolge des Krieges von beiden Seiten resultatlos abgeschlossen.

In jüngsten Bewegungen waren bis zum Kriegsausbruch 117 erkrankte, die sich auf 620 Betriebe mit 26 018 beteiligten Personen erstreckten. Mehr als die Hälfte der Beteiligten, 13 322, waren Arbeiterinnen. Erreicht wurde für 1363 Personen eine wöchentliche Arbeitszeitverlängerung von 24 1/2 Stunden und für 7605 Personen eine wöchentliche Lohnreduktion von 12 0/2 M. Lohnbeiträge wurden in 8 Fällen für 1152 Personen abgeführt. In 35 Fällen waren 3359 Personen an jüngsten Bewegungen beteiligt.

In Bezug des Jahres zählte der Verband 138 079 Mitglieder, darunter 54 113 weibliche; am Schlusse des Jahres 101 904 Mitglieder, darunter 45 855 weibliche. 18 998 Mitglieder waren am Jahresfuß zum Gewerkschaft eingezogen; gegenständig ist ihre Zahl auf 26 300 angewachsen.

Die Jahresannahme betrug im Jahre 1913 = 2771 494 M.; im Jahre 1914 = 2199 621 M. für Unterhaltungen werden ausbezahlt: Krankenkassenunterstützung 292 512 M., Arbeitslosenunterstützung 913 601 M., Streikunterstützung 126 205 M., Familienunterstützung 101 613 M. und Mitgliedschaftsbeitrag 10 851 M.

Die Entschädigung ist gegen das Verfalls am 571 873 M. zurückgezahlt, während die Beiträge für Unterhaltungen - jetzt man den Betrag für Streikunterstützung ab, weil er sich mit dem Verfalls nicht decken läßt - um 502 057 M. gesunken ist. Dieses Ergebnis war mit einiger Sicherheit voraussehbar; es war die Ursache, die den Verbandsvorstand zu jenen Vorlesungen, die Unterhaltungen neu zu regeln, nötigte.

Unser Verband in der 43. Kriegswoche.

Für die Woche vom 24. bis 30. Mai ist die Berichterstattung wieder etwas besser geworden. Es haben 315 Zahlstellen berichtet, also 25 mehr als in der Vorwoche. Die berichtenden Zahlstellen hatten bei Ausbruch des Krieges 179 439, am 29. Mai 96 875 Mitglieder. Näheres über die Veränderung des Mitgliederstandes zeigt folgende Zusammenfassung:

Table with 4 columns: Berichtstag, Arbeitslos insgesamt, von je 100 Mitgliedern, Sum Kriegsdienst eingezogen insgesamt, von je 100 Mitgliedern. Rows for dates from 9. August to 29. Mai.

Das der Zusammenfassung am 9. Mai (Nr. 21 des 'Arbeiter') waren von 175 139 Mitgliedern 17 428 = 10,1 von Hundert ausgefallen, nach der heutigen sind es 18 138 von 179 439, also etwas weniger, nämlich 9,9. Da das an der verschiedenen Zusammenfassung der berichtenden Zahlstellen liegt

oder ob tatsächlich der Zuwachs an neuen Mitgliedern stärker war als der Abgang, lassen wir dahingestellt. Es besteht jedenfalls die erfreuliche Tatsache, daß schon seit Wochen ein eigentlicher Rückgang der Mitgliederzahl nicht mehr festgestellt werden kann, immer abgesehen natürlich von den Einziehungen zum Kriegsdienst, die ja immer wieder neue Lücken in unsere Reihen reißen.

Arbeitslose Mitglieder waren in den berichtenden Zahlstellen in der Berichtswoche 863 vorhanden; davon waren 276 männliche und 587 weibliche. Vom Hundert der männlichen Mitglieder sind das 0,4, vom Hundert der weiblichen 3,1, insgesamt 0,9. Als Arbeitslosenunterstützung wurden 1709 M. ausbezogen.

Erwerbsunfähig krank waren 1090 männliche und 266 weibliche Mitglieder. Das sind bei beiden Geschlechtern 1,4 vom Hundert. Die Krankenunterstützung erforderte den Betrag von 9005 M.

In der folgenden Tabelle sind nicht die Ergebnisse der Erhebung aus den berichtenden Zahlstellen, sondern diejenigen, die wir voraussichtlich erhalten würden, wenn alle Zahlstellen Bericht erstattet hätten, zusammengefaßt. Es sind also nicht ermittelte, sondern errechnete Ergebnisse, die jedoch der Wirklichkeit ziemlich genau entsprechen dürften, weil der Bruchteil der Mitglieder, für die Berichte nicht eingehandt werden, sehr viel kleiner ist als der, für den berichtet wird.

Table with 4 columns: Berichtstag, Arbeitslos insgesamt, von je 100 Mitgliedern, Sum Kriegsdienst eingezogen insgesamt, von je 100 Mitgliedern. Rows for dates from 9. August to 29. Mai.

Korrespondenzen.

Hannover. Teils auf Anregung des Verbandes, teils aus eigenem Antrieb sind der Arbeiterschaft folgende Betriebe Zeugnisaufgaben bewilligt worden: Eggestorffs Salzwerke an Verheiratete 2 M. und für jedes Kind 25 Pf., an Unverheiratete 1 M. pro Woche; Metallhandlung Wozik Wolff 1,80 M. pro Woche; Asphaltfabrik Hannoverische Baugesellschaft und Deutsche Asphaltfabrik 3 M. pro Woche; chemische Fabrik E. de Haen für Ledige und Verheiratete ohne Kinder 2 M. pro Woche, für Verheiratete, welche bis zu 3 Kindern haben, 3 M., mit 4 und 5 Kindern 3,50 M., mit 6 und mehr Kindern 4 M. pro Woche; Hann. Gummwerke 'Ezzelior' bewilligen einen Aufschlag von 25 bis 30 Prozent zu den Zeitlöhnen; die Gasanstalt 1,50 M. pro Woche; die Continental-Casino- und Guttapercha-Compagnie bewilligte eine dauernde Lohn-erhöhung von 2 bis 2,50 M. pro Woche für die Zeitlohnarbeiter. Weitere Zeugnisaufgaben sind auf Anregung des Verbandes von mehreren Betrieben in Aussicht gestellt.

Gildesheim. Im Zeichen des Burgfriedens. Der hiesigen Gummifabrik wurde am 5. Mai durch unsere Verwaltung im Auftrag der beschäftigten Arbeiter ein Gesuch um Gewährung einer Zeugnisaufgabe eingereicht. Als nach 8 Tagen eine Antwort immer noch nicht eingekommen war, wandte sich die Verwaltung in einem zweiten Schreiben an die Direktion. Dieses Schreiben kam mit dem Vermerk 'Annahme verweigert' zurück. Wenn man schon in Friedenszeiten daran gewöhnt war, von manchen Unternehmern eine Antwort nicht zu erhalten, so ist das Verhalten der Direktion jetzt wirklich nicht recht vernehmlich. Was denn nun das Gesuch um eine Zeugnisaufgabe nicht begründet? Wenn man bedenkt, daß die Lebensmittelpreise seit Ausbruch des Krieges ganz ungeheuerlich gestiegen sind, so war die Begründung für das Gesuch gegeben. Aber auch nach den uns vorliegenden Lohnzetteln wird die Begründung anerkannt werden müssen. Nach Abzug der Zuschläge und Krankentagebeiträge weisen die Lohnzettel folgende Monatslöhne auf: 13,25 M., 16,33 M., 16,35 M., 17,72 M., 18,63 M., 18,13 M., 14,07 M., 19,59 M., 20,65 M. usw. Selbst Hardarbeiter verdienen, daß sie nicht mehr als höchstens 22 M. die Woche verdienen. Angesichts dieser Löhne, die nicht etwa an unberühmte junge Leute, sondern an verheiratete erwachsene Arbeiter gezahlt werden, ist das Verhalten der Direktion um so unverständlicher. Wie bei einem deman zum Verdienst ein Mann sich und seine Familie ehlich ernähren zu, wird ein Geheimnis der Direktion der Gummifabrik bleiben. Vielleicht gibt sie dieses Geheimnis den Arbeitern einmal kund.

Die Arbeiter und Arbeiterinnen der Gummifabrik und auch anderer Fabriken, die da glauben, nach dem Kriege sei die Organisation überflüssig, mögen aus dem Verhalten der Leitung dieses Unternehmens lernen, daß die wirtschaftlichen Kämpfe auch nach dem Kriege anhalten werden. Wenn schon im Zeichen des Burgfriedens die Arbeiterorganisation einer Antwort nicht gewürdigt werden, wieviel schwerer wird es da nach dem Kriege sein! Darum sollten alle Arbeiter und Arbeiterinnen aus diesem Verhalten die Lehre ziehen, sich immer fester um die Organisation zu fassen.

Rundschau.

Nachdem die Kriegswochenhilfe. Nach den bisherigen Erfahrungen können die Frauen, die Anspruch auf die Kriegswochenhilfe erheben wollen, meist ohne die nötigen Papiere zur Krankenkasse. Dadurch muß sich aber naturgemäß die Anzahl der Unterhaltungen verzögern. Wir wollen deshalb kurz einige Vorbereitungen für die Erlangung der Kriegswochenhilfe bekanntgeben.

- 1. Die Krankenkassen zahlen nur dann Unterhaltungen aus, wenn entweder der Mann oder die Frau oder beide Krankenkassenmitglieder sind resp. bis zum Eintritt in den Heeresdienst waren. Als Papiere sind beizubringen:

- 1. der Nachweis, daß der Mann Kriegsteilnehmer ist, der ohne weiteres auf Verlangen von den Stellen schriftlich gegeben wird, die die Kriegswochenhilfe ausbezahlen;
- 2. die Geburtsurkunde;
- 3. das Krankenscheinbuch oder die Mitgliedskarte der Krankenkasse. Geht die Frau unterhalb eines Jahres vor Eintritt in den Heeresdienst mehreren Krankenkassen an und war er unmittelbar 6 Wochen vorher nicht krankentagefähig, dann sind die Mitgliedsbücher aller Kassen mitzubringen. Für diese Fälle empfiehlt sich auch die Beibringung der letzten Krankentagebuchblätter.

4. Ist die Frau Krankentagefähig, muß sie auch ihr Mitgliedsbuch beibringen. Wir können nur wieder dringend bitten, mit diesen Papieren bereits einige Zeit vor der Einreichung die Krankenkassen anzufragen und den Anspruch anzudeuten. Nach der Geburt des Kindes ist dann nur

wenn die Geburtsurkunde des Kindes der Kasse eingereicht. Nur wenn in dieser Weise verfahren wird, kann die Auszahlung der Unterstützung sofort nach der Einreichung erfolgen.

Selbstverständlich müssen an Stelle der Geburtsurkunde den Nachweis erbringen, daß der Vater des Kindes die Vaterchaft anerkennt. Wird für das Kind Kriegswochenhilfe gewährt, genügt der Nachweis hierfür. Im andern Falle würde eine von dem militärischen Vorgesetzten beglaubigte schriftliche Erklärung des Vaters des Kindes beizubringen sein.

Wichtig ist, daß wir noch einmal darauf hinweisen, daß auch Nichtkriegsfrauen, die aber Kampfmittelglieder sind und nach dem Statut Anspruch auf Kriegswochenhilfe haben, während des Krieges die höheren Leistungen der Kriegswochenhilfe erhalten. An Stelle des hier vorgezeichneten Wohngeldes tritt in solchen Fällen das sachgemäße Wohngeld der Kasse.

Da die Unkenntnis über die Bestimmungen der Kriegswochenhilfe erstaunlich groß ist, empfehlen wir immer wieder Hinweise auf diese.

Meliorleistung.

In einer jüngst abgehaltenen Generalversammlung der Filiale Düsseldorf des christlichen Metallarbeiterverbandes teilte der Verbandsangestellte Leupke mit, daß ein auf der Rheinischen Metallwaren- und Maschinenfabrik beschäftigter Arbeiter in einem Monat einen Gesamtverdienst von 350 M. erreicht habe. Der Mann, der diesen Lohn verdiente, leistete dafür 450 Arbeitsstunden, das sind sieben Stunden täglich. Mitteln verdiente er pro Stunde 77 Pf. Bei normaler zehnstündiger Arbeitszeit würde er 770-780 M. verdienen haben; aber es ist Krieg, und so verlegt er sich auf die von ihm gewünschten Überstunden, Leber- und Sonntagsarbeit und verdient in einem Monat bei nicht einmal hohem Stundenlohn 350 M. Diese Zahl wird in der Lohnstatistik wiederkehren und als Beweis dafür angeführt werden, welche herrlichen Verdienste der Arbeiter in den Fabriken für Heeresleistungen gehabt hat. Aber die Statistik wird nicht nachweisen, daß dem 'glücklichen Verdienster' bei einer 17stündigen täglichen Arbeitszeit (bei 26 Arbeitstagen im Monat) so viel von seiner Gesundheit abhanden gekommen ist, daß der Mehrverdienst ihm eher zum Fluche als zum Segen gereichen muß.

Ein bemerkenswerter Aufruf.

In der 'Vergarbeiterzeitung', datiert vom 22. Mai (Nr. 21), befindet sich folgende Aufforderung an die Vergarbeiter: 'Es gehen uns immer noch Beschwerden zu, daß eifrige Vergarbeiter den zellamierten und bewährten Vergarbeitern bei jeder kleinen Differenz mit dem Schüßengraben drohen, den Schüßengraben also als Strafanstalt und Schreckmittel benutzen. Wir bitten alle Kameraden dringend, uns solche Drohungen nicht nur mitzuteilen, sondern uns vollen Namen und eventuell auch Adresse dieser Beamten anzugeben, welche solche Drohungen aussprechen. Wenn Zeugen dabei waren, bitten wir, auch Zeugen und deren Adresse anzugeben. Wir wollen diesen groben Unfug höheren Orts zur Kenntnis bringen und den Beamten dadurch dieses traurige Handwerk legen. Deshalb bitten wir dringend, uns solche Drohungen nach Vorweg mitzuteilen.'

Das Mittel, Arbeitern mit dem Schüßengraben zu drohen, wenn sie sich nicht willfährig zeigen, steht nicht nur im Vergbau in Wäldern, sondern wird auch vornehmlich in den Fabriken für Heeresleistungen gern und oft angewandt. In einer Anzahl dieser Betriebe haben sich die Zustände so zugekehrt, daß die Arbeiter die Drohung mit dem Schüßengraben schon nicht mehr scheuen, sondern sich selbst freiwillig an die Front melden, nur um der schlimmen Behandlung zu entgehen. Fünfteln, sechsten- und siebentstündige Arbeitszeiten sind nichts Seltenes mehr. Die Antreiberei steigt aufs höchste, die Behandlung wird rigoros; ist es da ein Wunder, wenn selbst solche Leute, die schon in den Schüßengraben waren, sich wieder dahin zurückziehen? Es gibt doch genug Arbeiter, die ihre Menschenwürde achten und sie nicht in den Staub treten lassen wollen.

Eingegangene Schriften.

In der Zeitschrift der Buchhandlung Vorwärts in Berlin SW 68 ist (jeden erfahren): 'Die Sozialdemokratie im Weltkrieg'. Von Dr. Eduard David, M. d. R., Preis 2 M. Der reiche Inhalt des Buches gruppiert sich nach folgenden Kapiteln: Unsere Erklärungen im Reichstag und ihre Verwirklichung durch die sozialdemokratische Volksmacht. - Was wir immer betont haben. - Kommt die Sozialdemokratie den Krieg verhindern? - Die Ursachen des Krieges. - Die diplomatische Schulfrage. - Die Größe der Gefahr. - Die Stellungnahme der Sozialisten in den Weststaaten. - Die russische Politik und Theorie. - Nation und Internationale.

Der Arbeiterschuss in Deutschland. Von Robert Schmidt, Mitglied des Reichstags. Mit 21 Abbildungen. Berlin, Verlag der Sozialistischen Monatshefte. Preis 1,20 M. Der erste Abschnitt behandelt den Schuss der Kinder, der Jugendlichen, der Arbeiterinnen, ferner die Reichsverhältnisse, die Unfallverhütung und die Kontrolle der Betriebe; der zweite das umfassende Gebiet der Arbeiterversicherung, deren Leistungen, Geltungsbereich und Verwaltungsformen. Die beigefügten Ausnahmen einer Anzahl Heilanstalten und praktischer Arbeiterschussvorrichtungen sollen diesen kurzen Führer durch die sozialpolitische Gesetzgebung Deutschlands ergänzen und die Darstellung beaufschaulichen.

Nachweise ist ein kleines Schriftchen beistellt, das von Dr. Fr. Lisch verfaßt und von der Frankfurter Verlagsbuchhandlung in Stuttgart herausgegeben ist. Das Büchlein enthält kurzgefaßte Angaben über die Verwerblichkeit zahlreicher mildtätiger Kräfte, Beeren usw. als Nahrungs- und Genussmittel. Ein Bogen mit Abbildungen der bekannten und am leichtesten auffindbaren ist dem Schriftchen angeheftet. Der Preis des für manchen Arbeiterhaushalt in der Kriegszeit sehr willkommenen Werkchens ist 25 Pf. Zu beziehen ist es durch alle Buchhandlungen.

Verbandsnachrichten.

Vom 1. Juni an gingen bei der Hauptkasse folgende Beträge ein:

- Mählend 1., - Barren 304,50, - Söhr 68,-, - Pries 800,-, - Heilbronn 400,-, - Wörsleben 200,-, - Jhehoe 7,-, - Ludenwalde 209,79, - Treuenbriegen 98,64, - Kirteln 14,80, - Bernburg 1400,-, - Hensburg 600,-, - Hitzberg i. Schl. 400,-, - Frankenthal 200,-.

Schlus: Montag, den 7. Juni, mittags 12 Uhr. Fr. Bruns, Kassier.

Verlorene und für ungültig erklärte Mitglieds-Bücher und -Karten.

Table with 5 columns: Buch-Nr., Name des Mitgliedes, Geburtsdatum, Eintrittsdatum, Eingetretene in. Rows for Georg Loos, Emil Karl Gögel, Emil Mitreuter, Richard Gehhardt.

Neue Adressen und Adressänderungen.

- Deimendorff. 1. Bevollmächtigter: Johann Cordes, Kleine Schloßstraße 8. 2. Bevollmächtigter: W. Ventus, Reckenstraße 20. Edardtschauen. Theodor Seeland, Edardtschauen bei Untrode, Kr. Gürensch.
- Frankenthal. Georg Finf, Möhrer Straße 94. Gerth. Stollberg. Friedrich.
- Görschendorf. Nikol Heiler, Neu-Döhlau 5, Hof Nr. 3. Hinz a. Rh. 1. Bevollmächtigter: Johann Schmidt, Bodelstraße 52.
- Lüft. 1. Bevollmächtigter: R. Schwidder, Bismarckstraße 1. Tischbein. Johann Neuter, Bahnhofstraße 18. Kiedermünde. Hieronym Kiechen. Wobeg. Rudolph Ströcken.